



## Haushaltsrede 2014 des Kämmerers der Landeshauptstadt Kiel Stadtrat Wolfgang Röttgers

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich lege Ihnen heute den Haushalt für das Haushaltsjahr 2014 zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Es hat im Vorfeld bereits einigen Wirbel um diesen Haushalt gegeben, der – so die Meinung der Opposition – unfertig ist.

Nun, meine Damen und Herren, gemessen an der bundesdeutschen Gesamtlage ist es in der

Tat kein Haushalt, der das Herz eines Kämmerers erfreuen oder erwärmen kann.

Der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 zeigt: die deutsche Wirtschaft ist auch weiterhin auf einem guten Kurs und floriert. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2013 erneut gestiegen und wird auch 2014 nach den Prognosen des Sachverständigenrates weiter steigen.

Und die öffentlichen Haushalte partizipieren an diesem Trend. Laut Statistischem Bundesamt haben Bund, Land, Kommunen und Sozialversicherungen im 1. Halbjahr 2013 einen Überschuss von 8,5 Milliarden Euro erzielt, davon sollen allein auf die Kommunen 5,3 Milliarden Euro entfallen sein.

5,3 Milliarden Euro Überschuss allein dadurch, dass die Wirtschaft floriert und die Verbraucher konsumieren.

5,3 Milliarden Euro Überschuss allein dadurch, dass die Einnahmen aus Steuern steigen und die Belastungen durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit sinken.

5,3 Milliarden Euro Überschuss für die Kommunen im 1. Halbjahr 2013.

Und in Kiel ?

Unsere Gewerbesteuereinnahmen sind auf einem dauerhaften Tiefststand. Gegenüber unserem Höchststand im Jahr 2006 haben sich unsere Gewerbesteuereinnahmen halbiert. Im nächsten Jahr planen wir gerade einmal 90 Mio. € ein. Auch für die kommenden Jahre können wir von keiner wesentlichen Verbesserung ausgehen.

In Kiel gibt es 24.200 Gewerbesteuerpflichtige, davon zahlen rund 20.200 gar keine Gewerbesteuer. 80 % des Gewerbesteueraufkommens der Stadt wird von 0,4 % der Gewerbesteuerpflichtigen erbracht. Diese Zahlen verdeutlichen, wie stark unser Haushalt von der Existenz und der wirtschaftlichen Entwicklung einiger weniger Unternehmen abhängt.

Deshalb ist und bleibt die Forderung richtig und wichtig, auch die freien Berufe in die Gewerbesteuer mit einzubeziehen.



Anrede,  
der Kieler Haushalt ist wahrlich kein erfreulicher Haushalt.

Und dennoch ist er trotzdem ein starker Haushalt, der sicherstellt, dass die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern an ihre Stadt in vielen Bereichen erfüllt werden.

Bildung, Kinderbetreuung und Soziale Sicherung sind auch weiterhin die Hauptaufgaben und die Hauptausgaben unserer Stadt. Und so setzen wir auch im kommenden Haushaltsjahr die strategischen Schwerpunkte zum Ausbau der Kindertagesbetreuung und zur Verbesserung der Bildungschancen um.

Die Landeshauptstadt Kiel bietet Familien über 13.000 Betreuungsplätze für ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen an. Sie stellt dafür die erforderlichen Mittel bereit und beschäftigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verwaltung, Gebührenberechnung und zum Betrieb der eigenen Betreuungseinrichtungen.

Der Rechtsanspruch im Elementarbereich kann somit weitgehend umgesetzt werden; im Bereich U 3 wird die angestrebte Versorgungsquote von 35 % sogar übertroffen. Das sind wichtige und gute Signale. Wir zeigen uns damit den jungen Eltern als verlässlicher Partner, der die Betreuung ihrer Kinder sicherstellt. Und damit wird Kiel für junge Familien attraktiv bleiben und noch attraktiver werden.

Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die drohende Überalterung unserer Stadt.

Zur Verbesserung der Bildungschancen werden auch im nächsten Jahr wieder zahlreiche Investitionsmaßnahmen sowie Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich durchgeführt. Daneben werden in diesem Jahr 8,75 bislang befristete Planstellen für Sozialarbeit an Schulen entfristet. Insgesamt sind damit 28 Vollzeitplanstellen für die Sozialarbeit an Schulen vorhanden.

Auch das ist ein wichtiger und richtiger Schritt für unsere Stadt. Es gilt die Teilnahme an schulischer Bildung zu unterstützen und die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und Anschlussperspektive zu senken. Hier muss angesetzt werden, wenn wir die Arbeitslosenzahlen in Kiel nachhaltig verändern wollen.

Anrede,

alle diese Maßnahmen und all die anderen Aufgaben der Stadt, die ich gar nicht alle einzeln nennen kann, kosten Geld. Das mag banal klingen, aber ich sage das hier einmal ganz bewusst, weil ich den Eindruck habe, einige Mitglieder der Ratsversammlung glauben, dass der Haushaltsplan die Aufgaben der Stadt bestimmt.

Aber, es ist umgekehrt.

Die Aufgaben der Stadt und der Umfang ihrer Erfüllung bestimmen den Haushalt. Ich möchte den Haushalt nicht bedeutungslos machen, aber der schriftliche Haushaltsplan ist nichts weiter als ein Zahlenwerk. Doch dahinter steht ein komplexes Geflecht von Pflichtaufgaben und Notwendigkeiten, von Ideen und Plänen, von Erwartungen und Visionen. Dahinter steht das, was Bürgerinnen und Bürger, Selbstverwaltung und Verwaltung für diese Stadt erarbeiten und erdacht haben und was sie in langwierigen Prozessen abgestimmt und auf den Weg gebracht haben.



Anrede,

und alle diese Maßnahmen kosten Geld.

Im Ergebnisplan stehen im kommenden Haushaltsjahr Aufwendungen in Höhe von **841,2 Mio. €** Erträgen in Höhe von **765,3 Mio. €** gegenüber. Der Gesamtergebnisplan weist für das Jahr 2014 einen Zuschussbedarf von **75,8 Mio. €** auf.

Das Ergebnis für 2014 wird dabei noch durch den einmaligen Effekt einer Rückstellung und der entsprechenden Senkung des Finanzausgleichs um 18 Mio. € beeinflusst. Das eigentliche Ergebnis des städtischen Haushaltes 2014 stünde damit bei **57,5 Mio. €**.

Zudem planen wir im Jahr 2014 Investitionen in Höhe von rd. **72,5 Mio. €**, für die wir Kredite in Höhe rd. **53,4 Mio. €** aufnehmen werden. Abzüglich der nicht in den Kreditrahmen einbezogenen Investitionen für das Sport- und Freizeitbad sowie das neue Kraftwerk besteht so ein Kreditbedarf in Höhe von rund **37,3 Mio. €**.

Der Stellenplan der Stadt wird im nächsten Jahr um netto 64 Stellen anwachsen. Dahinter steckt ein Aufwuchs von 30 Stellen bei Pflichtaufgaben, sowie 70 Stellen bei freiwilligen Aufgaben, die durch den Abbau von 36 Stellen teilweise gedeckt werden. Wobei ich hinzufügen möchte, dass auch die 22 neu geschaffenen Stellen im KiTa-Bereich als freiwillig gelten.

Der Haushalt 2014 liegt damit nahezu auf gleicher Höhe mit dem Planwert des letzten Jahres.

Anrede,

dass der Haushalt 2014 nicht besser und nicht schlechter als die Haushalte der letzten Jahre ist, kann uns aber nicht beruhigen.

Ich wäre ein schlechter Kämmerer, wenn ich Sie nicht auch auf die erheblichen Risiken des Haushaltes hinweisen würde.

Im Ergebnisplan sind für die kommenden Jahre erhebliche Steigerungen festzustellen. Grund dafür sind Anstiege bei Sozialtransferleistungen in Höhe von rd. 9 Mio. €, weiteren 5 Mio. € im KiTa-Bereich und bei der Bauunterhaltung, sowie 8 Mio. € wegen erforderlicher Zuschüsse an den Erfolgsplan des Eigenbetrieb Beteiligungen.

Und im Investivbereich reichen allein die heute bekannten Investitionen aus, um die bisherigen Kreditrahmen des Landes bis zum Jahr 2020 auszuschöpfen. Für weitere Maßnahmen – und seien sie auch noch so notwendig – ist in den nächsten Jahren eigentlich kein Platz mehr. (Wir müssen schieben, Ansprüche verringern, aber auch verzichten).

Es bedarf daher dringender Korrekturen.

Nicht nur die Erfüllung unserer Pflichten aus der Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land verpflichtet uns dazu. Zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit einer Stadt gehört es auch, kommenden Generationen die Möglichkeit zu belassen, ihrerseits in die Zukunft zu investieren und sie nicht durch Schulden und Belastungen vollkommen bewegungsunfähig zu machen.



Hinzu kommt, dass wir im Rahmen der Basel III – Regelungen damit rechnen müssen, zukünftig von den Banken nicht mehr uneingeschränkt mit Krediten versorgt zu werden. Im letzten Jahr habe ich Ihnen das Schreckgespenst noch an die Wand malen können – in diesem Jahr hat das Schreckgespenst ein konkretes Gesicht. Die erste Bank hat uns schriftlich mitgeteilt, dass sie uns nur noch in geringerem Umfang Kredite zubilligen wird.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf, um in den kommenden Jahren sowohl die Kreditwürdigkeit zu erhalten als auch die Verpflichtungen aus der Konsolidierungsvereinbarung zu erfüllen.

Anrede,

wir werden daher sowohl im Ergebnisplan als auch in Finanzplan umfangreich tätig werden. Bürgermeister Todeskino hat dazu das Motto formuliert „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“ und mit den Dezernenten eine umgehende Befassung mit dem Haushalt 2015 ab Januar vereinbart.

Im Bereich des Ergebnisplans werden wir

- uns den Haushalt im Rahmen von Aufgabenkritik und Prozessoptimierung ansehen und dabei Produkt für Produkt überprüfen.
- Dazu die Wirkungsorientierung, die bereits in einigen Bereichen im Haushalt dargestellt ist, in den Fokus rücken und weitere wichtige Bereiche im Haushalt einbeziehen.
- Die Bildung von Budgets ist im Kieler Haushalt bereits weit fortgeschritten. Die Ämter und Dezernate müssen nicht produktgenau wirtschaften, sondern haben die Möglichkeit auf Ebene großer Budgets zu agieren.  
Es muss geprüft werden, inwieweit durch eine Vorabdotierung der Budgets der wirtschaftliche Umgang und die Steuerung der Finanzmittel noch verbessert werden kann.
- Ein weiterer Schwerpunkt werden die notwendigen Einschränkungen der Freiwilligen Leistungen sein. Dahinter verbergen sich zwar – mit Ausnahme des Theaters – überwiegend viele kleinere Ausgabenpositionen; insgesamt sind es circa 55 Mio. Euro. Aber, im Rahmen der Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land haben wir uns aber verpflichtet, hier keinen Aufwuchs zuzulassen und daher werden wir uns intensiv um die Reduzierung der Ausgaben in diesem Bereich kümmern. Ich will dazu eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die entsprechende Vorschläge erarbeitet. Da ich mir der politischen Brisanz dieses Bereiches sehr wohl bewusst bin, ist mir eine rechtzeitige Einbindung der Selbstverwaltung wichtig. Ich möchte sie daher zur Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe einladen.

Beim Abbau von freiwilligen Leistungen gibt es nicht den Stein der Weisen. Aber für die jeweils Betroffenen ist es eher eine Kammer des Schreckens.



- Der Stellenplan 2014 weist einen Stellenzuwachs auf, der Arbeitsvermehrungen, Aufgabenzuwächse, Umsetzung gesetzlicher Vorschriften und Beschlüsse der Selbstverwaltung zurückzuführen ist. Der Zuwachs konnte durch Abbau von Stellen zumindest teilweise kompensiert werden.  
Im Rahmen der bereits erwähnten Aufgabenkritik und Prozessoptimierung in den Produktbereichen wird flächendeckend zu prüfen sein, in welchen Bereichen in den Folgejahren Stellen reduziert werden können.
- Es war alles andere als eine leichtfertige Entscheidung, die Stellenzahl im Haushalt 2014 um rund 60 zu erhöhen. Die Entscheidung trifft zusammen mit dem Einstieg ins Gesundheitsmanagement, einer schwierigen demographischen Entwicklung und damit einem aufwendigeren Werben um neue Arbeitskräfte. Wir stehen da in Zukunft in starker Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern. Wir haben jetzt einmalig Unwuchten ausgeglichen und wollen für die Zukunft das Zeichen setzen: Bei der Landeshauptstadt Kiel kann man gut, sicher und gesund arbeiten. Wer bisher nicht begriffen hat, dass es einen immer deutlicheren Zusammenhang zwischen Führen und Gesundheit gibt, der sollte es schnellstens nachholen. Wir wollen das in Kiel viel stärker als in der Vergangenheit berücksichtigen.

Im Bereich des Finanzplans gilt es

- dringend den vorhandenen Investitionsstau zu ordnen. Ziel muss es sein, die angemeldeten und noch kommenden Investitionsbedarfe zu priorisieren, zu steuern und qualitativ zu gewichten.
- ein Zentrales Investitionscontrolling einzuführen, das laufend den Stand der einzelnen Investitionsmaßnahmen überprüft, Empfehlungen für das weitere Vorgehen gibt und der Verwaltungsspitze sowie der Selbstverwaltung regelmäßig berichtet und sie mit einbezieht.
- Außerdem gilt es - angesichts der die nach wie vor bestehenden hohen Haushaltsreste - weiter an der Genauigkeit der Planung zu arbeiten und nur noch die Investitionen in den Haushalt einzustellen, die auch tatsächlich haushaltsreif sind.

Wir werden auch in Zukunft alle Möglichkeiten der Einnahmesteigerung durch sozial verträgliche und angemessene Gebühren- und Steuererhöhungen ausschöpfen müssen und sicherlich auch gemeinsam wollen, um einen größeren finanziellen Spielraum zu schaffen.

Unterstützung und Solidarität auch von der Kommunalen Familie über das FAG können wir doch nur dann in Anspruch nehmen, wenn wir auch einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung selbst erbringen.



Anrede,

wir werden uns auch weiter mit dem Land auseinandersetzen müssen.

So werden wir die Gespräche über die Exklusion von rentierlichen, kostendeckenden Bereichen in den Investitionsrahmen fortführen. Es kann nicht sein, dass komplett gebühren- und entgeltfinanzierte Investitionen in der Stadtentwässerung und beim ZOB auf den Kreditrahmen angerechnet werden.

Weiter werden wir unsere Forderung nach einem Kreditrahmen von 40 Mio. € jährlich erneuern und das Land zu mehr Transparenz in ihrer Entscheidung fordern. Während wir uns mit 30 Mio. € begnügen müssen, erhält die Hansestadt Lübeck 40 Mio. €. Und das trotz schlechteren Jahres-ergebnissen und deutlich höherer Verschuldung. Verstehen Sie mich nicht falsch – ich gönne Lübeck das Geld, aber ich fordere gleiches Recht für alle.

Das Thema der mangelnden Konnexität wird uns auch im nächsten Jahr nicht erspart bleiben. Die aktuelle Diskussion um die Finanzierung der Schulsozialarbeit zeigt, dass es trotz ständiger Mahnungen der Kommunen immer noch zu derartigen Vorgängen kommt. Kurzes Anfüttern mit Landes- und Bundesmitteln und dann die Kommunen mit dem Problem zurückzulassen, eine bewährte Maßnahme entweder einzustellen oder komplett selbst zu finanzieren. So kann es nicht sein! Ich freue mich, dass es einen „Letter of Intent“ zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden zu verschiedenen Konnexitätsproblemen gibt. Ich denke aber, dass es auch hier angebracht wäre, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht doch eine Finanzierung von derart wichtigen Aufgaben möglich ist.

Und wir werden vom Land eine eindeutige Positionierung bei Interkommunaler Zusammenarbeit einfordern. Ein sinnvolles Steckenpferd des ehemaligen Oberbürgermeisters und jetzigen Ministerpräsidenten. Und ein richtiger Weg, um Doppelstrukturen in den Kommunen abzubauen. Wenn aber eventuell daraus resultierende Kosten einseitig zu Lasten der federführenden Kommune gehen, wie wir es jetzt gerade bei der Rettungsleitstelle erleben, ist das kontra-produktiv. Welche Kommune lastet sich die Arbeit dann zukünftig noch auf, wenn die Investitionskosten allein auf ihren Kreditrahmen angerechnet werden? Hier besteht weiterer Diskussionsbedarf.

Anrede,

ich komme noch einmal auf den Vorwurf zurück, der Haushalt 2014 sei unfertig.

Anrede,

es wäre unverantwortlich, wenn man die Risiken eines Haushaltes nicht benennt und keine Ideen zur Minderung des Defizits entwickelt. Das tun wir aber und ich lade Sie dazu ein, im nächsten Jahr gemeinsam mit der Verwaltung nach Lösungen und Wegen zu suchen.

Unverantwortlich wäre es aber auch, sein ganzes Handeln nur noch sklavisch dem Sparkdiktat zu unterwerfen. Kiel muss eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt bleiben. Und das geht nicht allein durch einen Sparkurs. Die Städte in Nordrhein-Westfalen, die zum





Teil seit Jahren unter der Aufsicht des Landes stehen, könnten und würden das sicherlich bestätigen.

Ich gebe Ihnen aber in dem Punkt Recht: der Haushalt ist unfertig.

Aber glauben sie mir - ein Haushalt ist immer unfertig. Und das nicht, weil die Menschen, die ihn aufgestellt haben, es nicht besser können, sondern weil er schlichtweg nie fertig ist. Weil er nie ruht. Der Haushalt ist das Ergebnis der täglichen Arbeit von Verwaltung und Selbstverwaltung. Er ist ständigen Veränderungen unterworfen und vieles von dem, was wir heute planen, wird vielleicht so nicht eintreten und bedarf schon morgen der Korrektur.

Aber das ist ein ganz normaler Vorgang in jeder Haushaltsausführung. Und sowohl die Ratsversammlung als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die diesen Haushalt aufgestellt haben und ihn unterjährig betreuen, haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie verantwortungsvoll damit umgehen können.

Ich möchte daher meine Rede mit einem Dank an alle Ämter und Dezernate schließen, die diesen Haushalt trotz aller tatsächlichen und politischen Stürme der letzten Monate mit auf den Weg gebracht haben.

Anrede,

ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Haushalt.